

KOMMENTAR

Liebe Leserin, lieber Leser,

Juni 2025: In seiner Regierungserklärung vor dem Bundestag bezeichnete Kanzler Merz den bevorstehenden NATO-Gipfel als „historisch“. Es sollte einen Schub in Richtung Kriegstauglichkeit geben. Damit jedem klar wird, wohin es gehen soll, setzte er die Abgeordneten und die Öffentlichkeit davon in Kenntnis, was er sich als Kanzler zum Ziel gesetzt hat: die Bundeswehr soll zur größten konventionellen Armee in Europa (!) aufgebaut werden.

Um den Russen abzuschrecken, muss, so beschloss es dann der Gipfel auch mit Kanzlers Stimme, genügend Geld locker gemacht werden, um aufzurüsten. Nach zehn Jahren ständiger Steigerung sollen dann im Jahr 2035 allein in Deutschland nach heutigem Stand ca. 225 Mrd. EURO in Rüstung und kriegstaugliche Infrastruktur verpulvert werden. Allein in einem Jahr! 225.000.000.000 EURO – diese Zahl verbirgt sich hinter der kleinen Ziffer 5 – dem kleingeredeten 5- Prozent-Ziel der NATO.

Wer so klotzt, muss an anderer Stelle kleckern – manchmal auch „sparen“ genannt. Die Folgen sind absehbar und schon jetzt spürbar. Kanonen und Butter gibt es nicht, das Geld reicht entweder für das eine oder das andere. Nur ein Beispiel: Stromsteuersenkung für alle war ein Wahlversprechen derer, die Russland mit ihren Sanktionen ruinieren wollten und sie versprachen, die dadurch bei uns steigenden Energiekosten abzufedern. Jetzt ist dieses Versprechen Schnee von gestern. Stromsteuersenkung gibt es nur für Industrie und Landwirtschaft, für alle anderen – vor allem die Lohnabhängigen – sei es „nicht finanzierbar“, so der Finanzminister. Mit jedem neuen Haushaltsplan werden wir das stärker zu spüren bekommen, wenn es uns nicht gelingt, dem Wahnsinn Einhalt zu gebieten.

Wovon der Kanzler nicht sprach und wozu der NATO-Gipfel sich wie im letzten Jahr nicht äußerte, sind die Pläne, im nächsten Jahr in Deutschland US-Mittelstreckenwaffen zu stationieren: Erstschlagswaffen mit einer Reichweite bis Moskau und darüber hinaus, bis hinter den Ural, hyperschnell, kürzeste Vorwarnzeit, (noch) nicht abzufangen – man will den Gegner ja überraschen. Auch das ist ein unverantwortlicher Wahnsinn, gegen den die Friedensbewegung zum Antikriegs-/Weltfriedenstag protestiert, in Berlin mit einer Kundgebung und Aktionen rund um den Neptunbrunnen, am Nachmittag des 31. August 2025: Gemeinsam gegen Hochrüstung, Sozialkahltschlag, US-Mittelstreckenwaffen. Wir, die Genossinnen und Genossen der DKP sind dabei und laden Sie herzlich ein.

Barbara Majd-Amin, DKP Friedenskommission

ANZEIGE

Auch schwer genervt
von den Nachrichten
der Mainstream-
Presse?

Sagen,
was
ist!



Wochenzeitung UZ –
unsere zeit

Jetzt 6 Wochen
gratis probelesen:
abo.unsere-zeit.de



Foto: LD, DKP Berlin

DER KRIEG BEGINNT IM WEDDING

Mit der Rüstungsproduktion beim ehemaligen Autozulieferer Pierburg wird Rheinmetall prächtig verdienen. Doch es regt sich Protest gegen eine Waffenfabrik im eigenen Kiez

Von Lena Kreymann

Die Vorbereitung auf die kommenden Kriege schreitet rasch voran und wer „kriegstüchtig“ sein will, braucht Waffen. Auch im Wedding wird jetzt Rüstung produziert. Das ehemalige Autozuliefererwerk Pierburg stellt künftig für den Mutterkonzern Rheinmetall Munitionsbestandteile her. Das spiegelt sich inzwischen auch im Firmennamen wider: Seit Juli heißt die Fabrik „Rheinmetall Waffen Munitions GmbH“. Im Moment werden noch Aufträge aus der Autoindustrie abgearbeitet, aber innerhalb des nächsten Jahres soll die Produktion vollständig umgestellt werden, erklärte ein Rheinmetall Sprecher gegenüber der B.Z. im Mai dieses Jahres.

Dabei gehe es nicht um Teile, die Sprengstoffe enthielten, betonte der Sprecher weiterhin. Das liest sich als Teil einer PR-Strategie zur Beruhigung der Bevölkerung, gerade angesichts der Medienberichte über eine Explosion in einer spanischen Waffenfabrik von Rheinmetall im Januar dieses Jahres. Doch Grund zur Sorge gibt es trotzdem: Standorte der Rüstungsproduktion sind im Kriegsfall strategische Ziele. Für die Bewohnerinnen und Bewohner des Weddings rückt der Krieg also ein ganzes Stück näher an die eigene Haustür.

Zudem ist klar: Wer Waffen herstellt, will diese verkaufen. Wer Waffen kauft, will diese einsetzen. Rheinmetall liefert Rüstungsgüter in die ganze Welt, unter anderem in die Ukraine, die USA, nach Saudi-Arabien. Auch von der israelischen Armee wird Technologie von Rheinmetall eingesetzt, etwa Panzerkanonen und Munition. Damit Waffen funktionieren, sind die mechanischen Bestandteile genauso

notwendig wie der Sprengstoff. Das Werk im Wedding wird also dazu beitragen, dass der Konzern weiter Geschäfte mit dem Morden macht. Diese Tatsache kann man auch anders ausdrücken. „Der Standort Berlin wird insbesondere für den Aufbau der Verteidigungsbereitschaft Deutschlands und seiner Verbündeten einen wesentlichen Beitrag leisten“, betonte ein Rheinmetall-Sprecher gegenüber der B.Z. Damit macht der Konzern selbst deutlich, dass sich die Umstellung von ziviler auf Rüstungsproduktion klar in den Kriegskurs der Bundesregierung einordnet. Während diese Milliarden in die Aufrüstung investiert, bekommt die Bevölkerung Kürzungen an allen Ecken und Enden zu spüren – sei es beim Bürgergeld, bei den Sozialversicherungen oder im Kultur- und Freizeitbereich. Im Interesse der Zivilbevölkerung ist die Umstellung auf Rüstungsproduktion also sicherlich nicht. Insofern ist es kaum überraschend, dass sich auch Widerstand regt. Bereits im Mai organisierte ein Bündnis aus zahlreichen Organisationen eine Demonstration gegen die

Waffenproduktion im Wedding, im September soll es eine weitere geben.

Unter der Belegschaft versucht der Konzern mit einer sicheren Beschäftigungsperspektive zu punkten. „Wir gehen dabei von einer Volllastung des Werkes aus“, so der Sprecher gegenüber der B.Z. weiter. Betriebsratsvorsitzender Bernd Benninghaus hebt im Gespräch mit der Gewerkschaft IG Metall hervor, dass es eine Arbeitsplatzsicherheit von fünf Jahren oder mehr gebe. Sein Stellvertreter Martin Wolfgang Hoffmann betonte,

sie hätten die „aktuelle Krise in der Automobilindustrie als Zulieferer schon im Vorfeld gespürt.“

Kriegsvorbereitung, Sozialabbau und Druck auf die Beschäftigten greifen hier ineinander. Und während also die Beschäftigten bei Pierburg so sehr um ihre Arbeitsplätze bangen, dass die Rüstungsproduktion laut Benninghaus als „alternativlos“ erscheint, verkündete Rheinmetall im März neue „Allzeitrekorde“ bei den Geschäftszahlen und Aufträgen und prognostizierte weiteres Wachstum für das laufende Geschäftsjahr. Demnach sei der Konzernumsatz 2024 um 36 Prozent auf 9,75 Milliarden Euro gestiegen, der Umsatz im militärischen Geschäft habe sich um 50 Prozent erhöht. Profite fährt Rheinmetall also zur Genüge ein. Die Entscheidung, mehr Rüstung zu produzieren, ist demzufolge eine für mehr Gewinn. Denn Produkte, die nicht dem Töten dienen, ließen sich durchaus und hinreichend finden, nur scheinen die zur Zeit nicht profitabel genug.

Unter dem Schlagwort „Konversion“ diskutiert die gewerkschaftliche Friedensbewegung bereits seit Jahrzehnten über die Umwandlung von Rüstungs- in zivile Produktion. Doch im aktuellen Kriegsgeschrei und angesichts von Inflation und Stellenkürzungen gehen die Stimmen oft unter, die sich mit solchen Fragen auseinandersetzen. Tatsächlich ist das Werk im Wedding nur eines von vielen, in dem derzeit von ziviler auf Rüstungsproduktion umgestellt wird. In Köln, auf der Meyer-Werft oder in Görlitz passiert laut einem Bericht der jungen Welt vom Januar diesen Jahres Ähnliches. „Konversion umgedreht“, heißt es deshalb in der Tageszeitung. Diesem Trend muss etwas entgegengesetzt werden. Dafür gilt es, gemeinsam gegen den Kriegskurs der Bundesregierung auf die Straße zu gehen – im September im Wedding und bei den zentralen Friedensdemonstrationen am 3. Oktober in Berlin und Stuttgart.

Revolutionen sind die Lokomotiven der Geschichte

Auch die Lokomotiven müssen bedient werden. Die Mitarbeiter der Deutschen Bahn sorgen dafür, dass in Deutschland tagtäglich Tausende Züge über die Schienen rollen. Das Unternehmen ist einer der größten Arbeitgeber in Deutschland und der größte in Berlin. Als Beschäftigte bei der Bahn in der DKP Berlin haben wir uns jetzt zu einer Betriebsgruppe zusammengeschlossen. Denn nur eine organisierte Belegschaft ist in der Lage die zivile Bahninfrastruktur zu verteidigen und Widerstand gegen den Kürzungskurs beim Öffentlichen Personennahverkehr zu entwickeln.

Die Bahn ist nicht nur Transportmittel für Personen. Auch für Unternehmen ist der Schienentransport ein wichtiger Bestandteil ihrer Logistik. In Zeiten der Aufrüstung nimmt die Bahn zudem eine zentrale Rolle bei der Kriegsvorbereitung ein. Wie die DKP-Wochenzeitung *Unsere Zeit* berichtete, dienen Investitionen in die Schieneninfrastruktur nicht einfach dem besseren und umweltfreundlicheren Personennah- und Fernverkehr, sondern dem Ausbau relevanter Routen für Militärtrans-

porte. Den Investitionen zugunsten der „Kriegstüchtigkeit“ stehen Maßnahmen gegenüber, die potenziell die Zerschlagung der Bahn und damit Stellenabbau vorbereiten – nach dem Prinzip „Gewinne privatisieren und Verluste sozialisieren“.

Für uns ist klar: Die Arbeit in Betrieben war und ist der Schwerpunkt der DKP. Um die Arbeiterklasse zu organisieren, müssen wir mit ihr und in ihr wirken. Wir arbeiten in unterschiedlichen Teilbetrieben der Bahn und sind in den zugehörigen Betriebsräten und in der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG) aktiv. In Medien wie unsere Zeit oder dem Berliner Anstoß schreiben wir über betriebliche und gesellschaftliche Auseinandersetzungen bei der Bahn. Derzeit erarbeiten wir eine Grundsatzbroschüre zum Thema „Bahn im Kapitalismus“. In Vorbereitung der Betriebsratswahlen 2026 setzen wir uns mit den Forderungen der EVG auseinander.

Du interessierst dich für unsere Arbeit? Willst dich bei uns organisieren? Dann melde dich doch unter info-bgbahn-berlin@dkp.de

Betriebsgruppe Bahn



Foto: Collage, Gemeinfrei



Foto: DKP Berlin

Kommunisten in Kiez & Kneipe

Unsere Gruppe tagt an einem ganz besonderen Ort: In der alten, urigen Berliner Kneipe „Leydicke“, in der Nähe des S-Bahnhofs Yorckstraße. Nicht nur der Wirt ist uns wohl gesonnen, auch die Stammgäste grüßen uns häufig. Wir tagen zwei Mal im Monat und beginnen meistens unseren Abend mit einer aktuellen halben Stunde. Viele Themen werden von uns auf hohem politischen Niveau diskutiert, da nicht wenige unserer Mitglieder gut geschult sind und sich auch außerhalb der Parteigruppe politisch engagieren.

Regelmäßige Themen sind Frieden und die Auseinandersetzungen dazu in der Friedensbewegung, in der VVN-VdA und in den Gewerkschaften. Innenpolitisch geht es öfter um die Rolle der AfD und um das Thema Faschismus im Allgemeinen. Hierbei spielte auch die Aufarbeitung der „Corona“-Pandemie eine Rolle sowie Fragen der Flucht-, Asyl-

und Migrationspolitik. Wir befassen uns natürlich auch mit außenpolitischen Themen, wie dem Ukraine-Russland-Konflikt, dem Krieg in Palästina durch Israel, Entwicklungen in China, Iran und Kuba, nicht zuletzt auch mit der Rolle der NATO.

Einige der Themen wählen wir für unsere Stammtische aus, die wir regelmäßig einmal im Quartal ebenfalls im „Leydicke“ durchführen. Dazu zählen die Europawahlen 2024 (eine Genossin war Kandidatin), das Verhältnis von Philosophie und Politik, „Die neue Heimatfront“, Planwirtschaft oder auch Bloß keinen Frieden – der „Berliner Appell“. Zu unseren weiteren Aktivitäten gehört, dass wir regelmäßig an den Aktionen der FRIKO teilnehmen und dass wir für eine größere Verbreitung unserer Parteizeitung „Unsere Zeit“ arbeiten. Ein Genosse bspw. kommt als Taxifahrer häufiger mit den Menschen ins Gespräch

und hat inzwischen erreicht, dass in zwei Kiosken des Stadtteils die UZ verkauft wird.

Neben Steckaktionen im Kiez und Info-Ständen an der Julius-Leber Brücke, bei denen wir Flugblätter und andere wichtige Materialien verteilen oder Unterschriften für Kampagnen sammeln, planen wir auch gemeinsame Unternehmungen, wie z.B. den Besuch der Ausstellung zur Geschichte der Sozialistischen Einheitspartei Westberlin (SEW). Gemeinsame Aktionen zum Erhalt des Wenckebach-Krankenhauses ergaben sich im Zuge der Krankenhausreform und dem Austausch dazu mit Gemeingut in BürgerInnenhand (GiB).

Als Gruppe pflegen wir unseren Zusammenhalt und persönliche Kontakte, indem wir u.a. in jedem Jahr ein Sommerfest und eine Weihnachtsfeier veranstalten.

Gruppe Tempelhof-Schöneberg

Ossietzky

Zweiwochenschrift für Politik / Kultur / Wirtschaft

»Schauplatz kommunikativer Rationalität«
Jürgen Habermas

Meinungsstreit, Widerspruch und Kritik sind unser Programm.

Probeheft anfordern
www.ossietzky.net

DIESEM SYSTEM KEINEN MANN UND KEINEN GROSCHEN!



August Bebel (SPD-Vorsitzender) in der Reichstagsmilitärdebatte von 1887
Damals...

...wie heute

Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Verband der AntifaschistInnen

VVN-VdA

<https://vvn-vda.de> info@vvn-vda.de

Deutschland muss friedentüchtig werden, statt kriegstüchtig:

- Bildung, Gesundheit, Löhne rauf ! Runter mit der Rüstung!
- Alle Auslandseinsätze der Bundeswehr beenden!
- Keine Waffen an die Ukraine, an Israel oder sonst wohin!
- "Der Feind steht rechts!"

Den Frieden gewinnen – nicht den Krieg!

Liebe Mitglieder der GRH, des Traditionsverbandes der NVA, ehemalige Angehörige der Grenztruppen, ISOR, Sympathisanten, Freunde und Mitstreiter!

Die Arbeitsgruppe Grenze der GRH lädt hiermit zum 39. Treffen der Grenztruppen und der anderen bewaffneten Organe der ehemaligen DDR ein.

OSL a. D. Roland Godicke, Leiter der AG Grenze der GRH



13.09. | 09.30 bis 15.30 Uhr

**„Landkostarena Bestensee“
15741 Bestensee, Goethestrasse**

Anmeldung erwünscht unter: grh-berlin@gmx.de

grh Gesellschaft zur Rechtlichen und Humanitären Unterstützung e.V.
grh-ev.org

Totale Verwertung - wie BlackRock & Co. auch in Berlin wüten

Die Berliner Mietergemeinschaft e.V. (BMG) - der Mieterschutzverein, in dem eigentlich jeder Mieter dieser Stadt Mitglied sein sollte - präsentierte auf einer öffentlichen Veranstaltung Ende Mai im Friedrichshainer ND-Gebäude die Referenten Werner Rügemer und Knut Unger zum Thema „Wohnen in Zeiten des Finanzmarktkapitalismus“. Rügemer stellte sein Buch „Black-Rock Germany“ vor, in dem er am Beispiel des Immobilienkonzerns „Vonovia“ die Praxis sogenannter „Private Aquity Fonds“ beschreibt - das Aufkaufen und Aussaugen mittelständischer Unternehmen. „Black Rock“ ist dabei einer der ersten gewesen. Friedrich Merz, jetzt Bundeskanzler, war um 2010 genau dort angestellt und wirkte durch seine Anwaltstätigkeit als „Türöffner“. Denn genau damals begannen diese neuen Akteure damit, ihre - nicht nur im Wohnungswesen - aufgekauften Unternehmen zu zerlegen, um Profit aus allem möglichen zu schlagen. Anschließend wurde der Rest dann weiterverkauft, zusammengelegt oder in die Insolvenz geschickt. Was genau produziert wurde, und ob nach der Prozedur überhaupt noch etwas hergestellt wurde, spielte immer eine untergeordnete Rolle – es zähle wirklich nur der schnelle Maximalprofit. Rügemers Kernaussage: Mit Merz als Bundeskanzler erlangten diese Heuschrecken direkten Einfluss auf die Politik, was eine neue, extremere „Qualität“ des Kapitalismus bedeute, weil das Profitmachen auf Kosten breiter Teile der Gesellschaft auf die Spitze getrieben wird. Knut Unger, Mietrechtsaktivist aus Witten, bestätigte diese These Rügemers

und beleuchtete die drastischen Folgen für große Wohnungsbestände. Da werden Hausmeister- und Handwerkerstellen gestrichen sowie Beschwerden von Mietern verkompliziert, um eigentlich dringende Instandhaltungen hinauszuzögern. Das spart Geld. Außerdem sind

zufriedene Mieter nicht mehr gewünscht, sondern sie sollen zermüht ausziehen – schließlich bringt die Neuvermietung einer Wohnung mehr Profit als eine langjährige Belegung. Die Bausubstanz wird dadurch regelrecht verschlissen. Erst kurz vor dem absoluten Verfall wird die Immobilie mit Gewinn weiter verkauft, oder sie wird, möglicherweise mit staatlichen Fördergeldern, „modernisiert“, wenn das höhere Rendite mit der Miete verspricht.

Gruppe Friedrichshain-Kreuzberg



Foto: LD, DKP Berlin

Widerstand gegen den Ausverkauf der Nachbarschaft

In der monopolkapitalistischen Stadtplanung steht nicht mehr das Interesse einzelner Kapitalisten im Vordergrund, sondern die Verwertung des gesamten städtischen Raums im Sinne des Profits. Seit den 1990er Jahren ist jede Berliner Regierung dieser Aufgabe bereitwillig nachgekommen. Der Ausverkauf großer Teile der Stadt an die Treuhand, das Verschleudern tausender kommunaler Wohnungen und das Scheitern des Volksentscheids „Deutsche Wohnen enteignen“ - das alles sind Methoden dieser Monopoly-Politik.

Ein weitaus weniger beachtetes Werkzeug sind die Entwicklungspläne. Mit dem Plan „Metropolregion Berlin-Brandenburg“ wollen die Landesregierungen einen Entwicklungskorridor durch den gesamten Südosten der Stadt - vom Ostkreuz über den Flughafen BER bis in die Lausitz - schlagen. Mittendrin liegt der historische Industrie- und Gewerbegebiet in Oberschöneweide brach. Als einer der Zukunftsorte Berlins soll hier gezielt Industrie und Wissenschaft angesiedelt werden. Für die Anwohnerschaft in Oberschöneweide würde dies eine wesentliche Aufwertung ihres Wohngebiets und damit eine enorme Verteuerung der Mieten bedeuten, ohne dass sie einen Nutzen davon hätte.

Am 3. Juni lud der Bezirk Eigentümer und Unternehmen ein, um - unter Ausschluss der Nachbarschaft – über die optimale Verwertung des Stadtteils zu beraten. Dass auf den 63 Hektar Land kein Platz für den dringend benötigten, günstigen Wohnraum ist, machte Bezirksbürgermeister Oliver Igel (SPD) gleich zu Beginn der Veranstaltung klar. Auch kommunale oder

medizinische Einrichtungen sind nicht geplant. Trotz kompletter Bodenversiegelung, kollabierendem Verkehr und überlastetem ÖPNV soll der Ausbau eines zusätzlich belastenden Industrie und Gewerbegebiets weiterentwickelt werden. Der Bezirk will im Herbst konkrete Pläne vorstellen.

Die DKP Treptow-Köpenick hilft dabei den Widerstand gegen den Ausverkauf unserer Nachbarschaft zu organisieren und setzt sich konsequent für die Bedürfnisse der Arbeitenden ein. Gemeinsam mit Bündnispartnern, wie dem „Solidarischen Netzwerk Schöneweide“ oder der „Berliner Mietergemeinschaft“ stehen wir an der Seite der Anwohner und Anwohnerinnen und streiten für ihre Interessen. Doch wir wissen, dass die Krise der Stadt nicht mit kapitalistischer Logik gelöst werden kann. Nur im Sozialismus können wir eine Stadt für uns alle verwirklichen.

Gruppe Treptow-Köpenick

Berlin & Tel Aviv: Vereint im Militarismus

Am 5. Mai 2025 haben die Bürgermeister von Berlin und Tel Aviv, Kai Wegner und Ron Huldai, beim Besuch des Letzteren in Berlin ein Partnerschaftsabkommen unterzeichnet. Vorab verkündete Wegner: „Mit unserer Partnerschaft setzen Berlin und Tel Aviv in ihrem ganz unterschiedlichen historischen Herkommen ein Zeichen für Toleranz, Vielfalt, Zusammenhalt und Menschlichkeit. Berlin ist die Stadt, in der die Shoah geplant und verwirklicht wurde, und bekennt sich zu seiner Verantwortung und Verpflichtung gegenüber dem Staat Israel und zum Schutz jüdischen Lebens in unserer Stadt und in unserem Land.“ Im Abgeordnetenhaus fand diese Städtepartnerschaft die Unterstützung aller Fraktionen.

In Berlin wurde einst der faschistische Völkermord an den Juden kalkuliert und gesteuert, in Tel Aviv wird heute vor aller Augen ein bestialischer Völkermord an den Palästinensern geplant und umgesetzt. Das soll ein Zeichen für Menschlichkeit sein? Nicht nur der Holocaust wurde in Berlin vorbereitet, sondern auch der Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion. Was folgt aus dieser Vorgeschichte: In Zeiten der umfassenden „Kriegstüchtigkeit“ und Vorbereitung auf einen Krieg gegen Russland stehen auch in Berlin die Zeichen auf Aufrüstung.

Mitte Mai dann erhebt die Berliner CDU die Forderung nach einem „Iron Dome“, wie der aus Israel, zum Schutz der deutschen Hauptstadt. Die „Zeitenwende“ ist also in der Berliner Politik längst angekommen. Aufrüstung gegen das zum Feind erklärte Russland und soziale Verelendung in Berlin sind zwei Seiten einer Politik gegen die Interessen der Berliner Bevölkerung. Statt einer Kritik am Vorgehen Israels gegen das palästinensische Volk, wird die Kooperation mit Israel für die weitere Hochrüstung Deutschlands benutzt.

Angesichts des Genozids in Gaza votierte am 30. Mai der Stadtrat von Barcelona für die Suspendierung seines Freundschaftsabkommens mit Tel Aviv. Die Berliner Politiker sollten sich an den Abgeordneten aus Barcelona ein Beispiel nehmen. Das wäre eine Zeitenwende, die der Berliner Politik angesichts der historischen Erfahrungen in unserer Stadt gut anstehen würde.

Über Jahrzehnte hinweg hat die DKP den antikolonialen Kampf der Palästinenser unterstützt. Unser derzeitiges Ziel ist es, den Schulterchluss zwischen der Antikriegsbewegung und der Palästina-Solidarität zu fördern.

Nimm Kontakt zu uns auf und mach mit!

Gruppe Pankow

75 AUSGABEN FÜR 75 EURO

ODER ONLINEABO DREI MONATE FÜR 18 EURO

jungewelt.de/aktionsabo oder 0 30/53 63 55-80 Endet automatisch.

— DIE WAHRHEIT IST KONKRET —

70 Jahre »Kriegsfibel« – Das Buch für den Frieden

Brechts großes Anti-Kriegsbuch!

Bertolt Brecht
Kriegsfibel
208 Seiten, gebunden, Schutzumschlag
38,- €

jetzt überall im Buchhandel erhältlich
www.eulenspiegelverlag.com

KAZ

KOMMUNISTISCHE ARBEITERZEITUNG

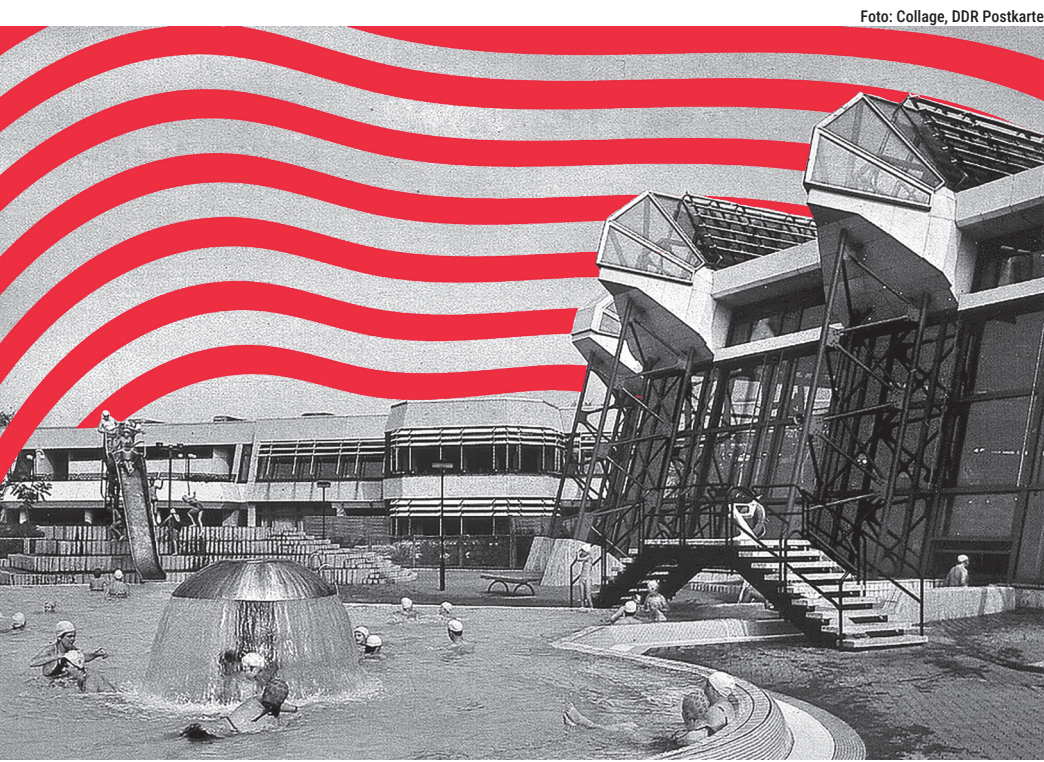
KAZ AUSGABE 392, mit folgenden Themen: "Wir schufteten nicht noch mehr für Kapital und Militär!" und "Zu Formen und Wesen des Faschismus"

Erscheint vierteljährlich:
Einzelheft: 1,50 Euro
Jahresabo: 10,00 Euro

Gruppe Kommunistische Arbeiterzeitung (KAZ)
Postfach 21 04 46, 90122 Nürnberg
Tel./Fax: 0911/356913
Email: gruppeKAZ@kaz-online.de

www.kaz-online.de

SEZ: „Kein Weg dran vorbei“



Ein Gespräch mit Carl Waßmuth

Herr Waßmuth, in Zeiten zunehmenden Verfalls der öffentlichen Daseinsvorsorge engagieren Sie sich in verschiedenen Kampagnen und Bündnissen gegen die Privatisierung und für die Demokratisierung öffentlicher Infrastrukturen und Einrichtungen. Ein konkreter Fall ist das ehemalige Sport- und Erholungszentrum (SEZ), in Berlin Friedrichshain: erst vom sogenannten Rot-Roten-Senat privatisiert, jetzt wieder in öffentlicher Hand. Werten Sie das als einen Erfolg im Kampf um die Erhaltung des SEZ?

CW: Wir haben mit Anwohnern seit 2016 dafür gekämpft, dass Berlin das SEZ vor Gericht zurückerstreitet, und wir haben das tatsächlich erreicht. Das ist ein Erfolg! Die kalte Dusche kam allerdings gleich danach: kaum war bekannt, dass das SEZ zurückübertragen wird, sagte der Senat: jetzt reißen wir es aber ab.



Carl Waßmuth ist Vorsitzender des Vereins „Gemeingut in BürgerInnenhand e.V.“, der sich dafür einsetzt, dass öffentliches Gemeingut gestärkt wird und erhalten bleibt.

Wie konnte dieser Erfolg erreicht werden? Unter anderem wurde von Ihnen ja auch eine Petition „Rettet das SEZ“ ins Leben gerufen...

CW: Das kam später. Die Rückübertragung gelang, weil wir glaubhaft nachweisen konnten, dass der Käufer den Vertrag verletzt hatte. Ein engagierter Anwalt hat das dem damaligen Finanzsenator Matthias Kollatz vorgelegt, daraufhin hat Kollatz die Klage eingereicht, und dann durch alle Instanzen durch auch gewonnen.

Nun soll das SEZ, trotz dessen, dass es wieder Eigentum des Land Berlins ist, abgerissen und nicht weiter als Schwimmbad und Sport-Freizeitstätte genutzt werden. Das ist aber ja genau das, was Sie verhindern wollten?

CW: Ja, und wir wollen es weiter verhindern. So kam es zur Petition „Rettet das SEZ“. Zusammen mit anderen Unterschriftensammlungen hatten wir schon nach wenigen Wochen mehr als 10.000 Unterschriften, die wir dann Gaebler zugeschickt haben.

Bausenator Christian Gaebler (SPD) gab gegenüber dem RBB an: „Ein kommunales Bad sei nicht wirtschaftlich zu betreiben.“ Damit erklärt er gleichzeitig, warum die Zahl der Schwimmbäder in Berlin immer geringer wird. Sportvereine und Bürger beklagen dies schon länger. Kann Wirtschaftlichkeit für solche Art der öffentlichen Daseinsvorsorge überhaupt ein Kriterium sein?

CW: Den Berliner Bäderbetrieben unterstehen 67 Bäder, das sind Schwimmhallen, Kombibäder, Bäder für den Schul- und Vereinsbetrieb sowie die Sommerbäder. Alles kommunale Bäder, und wie überall auf der Welt werden sie bezuschusst, damit sich die Leute den Eintritt auch leisten können. Will Gaebler diese Bäder alle schließen, weil sie nicht „wirtschaftlich“ sind? Schon jetzt sind wir deutschlandweit Schlusslicht, was die Bäderdichte betrifft. Andere Bundesländer haben pro tausend Einwohner bis zu zehnmal mehr. Schwimmen lernen rettet Leben. Kürzlich sind an einem Wochenende in Deutschland 15 Menschen ertrunken, darunter Kinder und Jugendliche. Und Adipositas und Bewegungsmangel, sind die auch wirtschaftlich? Herr Gaebler hat nicht verstanden, was Daseinsvorsorge bedeutet, was den Wert von sozialen Infrastrukturen ausmacht.

Unter dem Aufruf „Wir wollen reden“ hat GiB im März den Runden Tisch zum SEZ ins Leben gerufen. Drei Sitzungen fanden schon statt, zuletzt war Bezirksbürgermeisterin Clara Herrmann von der Partei Die Grünen zu Gast. Der Runde Tisch verabredete, dem Regierenden Bürgermeister und dem Bausenator erneut zu schreiben, denn beide hatten dreimal abgelehnt zu kommen. Wie sehen Sie die Chancen mit dem Runden Tisch noch zu einer positiven Lösung im Sinne der Berliner Bevölkerung zu gelangen?

CW: Unser Aufruf heißt „Wir müssen reden“. Und daran geht auch kein Weg vorbei. Wie will Herr Gaebler denn vorgehen? Will er sagen: „Das SEZ hier muss weg. Weil ich es sage, basta! Bürger haben die Klappe zu halten. Was ihr zu sagen habt, interessiert mich nicht.“ So geht es aber nicht, das wäre Autokratie pur. Runde Tische sind zwar kein Garant für ein gutes stadtpolitisches Ergebnis, aber eine Chance sind sie allemal.

Was muss geschehen, damit der Senat, dessen Vertreter ja augenscheinlich nicht einmal zum Dialog bereit sind, sich gezwungen sieht, sich kooperativ zu zeigen?

CW: Wir lassen es uns einiges an Kraftaufwand kosten, um unsere Dialogbereitschaft aufrechtzuerhalten. Unsere Runden Tische finden weiterhin statt, die Diskussionen und vorgetragenen Ideen dort waren bisher hochspannend. Und jedes Mal werden Gaebler und auch der Regierende Bürgermeister Kai Wegner von uns herzlich eingeladen. Wir haben ihnen auch schon mehrfach geschrieben: „Nennen Sie uns irgendeinen Termin in 2025, an dem Sie Zeit haben, und wir legen eine Sitzung des Runden Tisch SEZ auf das Datum.“



Wie kann man GiB unterstützen oder gar selbst dort aktiv werden?

CW: Wer unseren Infobrief abonniert, bekommt alle wichtigen Treffen, Termine und Hintergrundinfos per Email: gemeingut.org/infobrief. Unsere monatlichen Treffen und auch die Sitzungen des Runden Tisch SEZ sind öffentlich. Wer möchte, kann auch Gaebler und Wegner mal schreiben und sie fragen, warum sie mit uns nicht reden wollen: Senator@senstadt.berlin.de, Der-Regierende-Buergermeister@senatskanzlei.berlin.de. Und last but not least finanzieren wir unsere Arbeit durch Spenden: gemeingut.org/spenden/. Wir können diese Arbeit nur machen, solange uns Menschen unterstützen.

Das Interview führte Stefan Natke

DKP BERLIN GRUPPENTERMINE

BETRIEBGRUPPE BAHN
Termin: Jeden 2. und 4. Donnerstag im Monat
Beginn: 17.30 Uhr
Ort: ND-Haus, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, Raum 551
Kontakt: info-bgbahn-berlin@dkp.de

BETRIEBSAKTIV GESUNDHEIT
Termin: Jeden 3. Mittwoch im Monat
Beginn: 18.30 Uhr
Ort: ND-Haus, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, Raum 551

FRIEDRICHSHAIN/KREUZBERG
Termin: Jeden 2. und 4. Dienstag im Monat
Beginn: 19.30 Uhr
Ort: Cafe Commune, Reichenberger Straße 157, 10999 Berlin
Kontakt: fhkb@dkp.berlin

LICHTENBERG/MARZAHN-HELLERSDORF
Termin: Jeden 1. und 3. Montag im Monat
Beginn: 19.00 Uhr
Ort: ND-Haus, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, Raum 551

NEUKÖLLN
Termin: Jeden 1. Donnerstag im Monat
Beginn: 18.30 Uhr
Ort: KommTreff, Jonasstraße 29, 12053 Berlin

PANKOW
Termin: Jeden 1. und 3. Mittwoch im Monat
Beginn: 19:00 Uhr
Kontakt: dkp-pankow@berlin.de

SPANDAU
Termin: Jeden 3. Mittwoch im Monat
Beginn: 19.00 Uhr
Ort: Lynarstr. 9, 13585 Berlin
Kontakt: dkp-spandau@gmx.de

TEMPELHOF-SCHÖNEBERG
Termin: Jeden 2. und 4. Donnerstag im Monat
Beginn: 19.00 Uhr
Ort: Leydicke, Mansteinstraße 4, 10783 Berlin

TREPTOW-KÖPENICK
Termin: Jeden letzten Mittwoch im Monat
Beginn: 18.00 Uhr
Kontakt: treptow-koepenick@dkp-berlin.info

WEDDING
Termin: Jeden 2. und 4. Montag im Monat
Beginn: 19.00 Uhr
Ort: Linkstreff, Malplaquetstraße 12, 13347 Berlin
Kontakt: info@dkp-wedding.de

DIESES PROJEKT WIRD ÜBER SPENDEN FINANZIERT:

Bitte überweisen Sie einmalig oder regelmäßig einen Betrag Ihrer Wahl auf das Konto der DKP Berlin:

Berliner Sparkasse
IBAN: DE94 1005 0000 0043 4131 37
BIC: BELADEBE
VwZ: Anstoß

Der **Berliner Anstoß** erscheint viermal jährlich und wird herausgegeben vom Landesverband Berlin der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP).

Kernredaktion:
Toni Püschel (V.i.S.d.P.),
Tim Meier, Stefan Natke

Layout:
Laurentiu Dragota

Adresse von Redaktion, Herausgeber und Verlag:
DKP Berlin, Franz-Mehring-Platz 1,
Büro 551/552, 10243 Berlin
Öffnungszeiten: Freitag,
15:00 bis 18:00 Uhr

CommPress Verlag GmbH;
Hoffnungstraße 18, 45127 Essen

Verbreitete Auflage dieser Ausgabe:
15 000 im Raum Berlin

Druck:
Union Druckerei Berlin
Verwaltung GmbH

DKP Berlin auf Social Media:



www.dkp-berlin.info
Mail: anstoess@dkp.berlin